Einführungsgesetz zum Vollzug der eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung und weiterer Erlasse (EG USG)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 2. Mai 2017, RRB Nr. 2017/787

Zuständiges Departement

Bau- und Justizdepartement

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage.....	5
1.1 Bundesrecht	5
1.2 Kantonales Vollzugrecht	5
2. Vernehmlassungsverfahren	7
3. Auswirkungen.....	7
4. Rechtliches	7
5. Antrag.....	8

Beilagen

Beschlussesentwurf
Synopsis (§ 159 Abs. 2 Gesetz über Wasser, Boden und Abfall)

Kurzfassung

Für den Erlass der Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung ist aufgrund der Bundesverfassung in erster Linie der Bund zuständig, während der Vollzug im Wesentlichen Sache der Kantone ist. Soweit die Anwendung der eidgenössischen Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung den Kantonen obliegt, sind ergänzende kantonale Vollzugsvorschriften nötig. In vielen Bereichen hat das kantonale Recht in erster Linie die Aufgabe, die notwendigen Zuständigkeits- und Verfahrensregeln zu treffen, um den Vollzug des Bundesrechts sicherzustellen.

Der Regierungsrat hat im Bereich Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutz Verordnungen erlassen. Der Erlass dieser Verordnungen erfolgte meistens unter der alten Kantonsverfassung. Die Kompetenzdelegationen in den Verordnungen wurden vom Kantonsrat genehmigt. Dies ist mit der heute geltenden Verfassung nicht mehr möglich. Der Vollzug der Chemikaliengesetzgebung, der Dünger-Verordnung und der Pflanzenschutzmittelverordnung hat der Regierungsrat gestützt auf § 159 Absatz 2 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA; BGS 712.15) in der Chemikalienverordnung geregelt. In der Vorlage (Vernehmlassungsentwurf) „1. Änderung des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) und 2. Aufhebung der kantonsrätlichen Verordnung über den Abwasser- und Altlastenfonds“ wurde § 159 Absatz 2 GWBA mit dem Vollzug weiterer Gesetze ergänzt. Aus gesetzestechnischen Gründen muss der Vollzug der Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung in einem separaten Einführungsgesetz geregelt werden. Deshalb soll mit dieser Vorlage § 159 Absatz 2 GWBA aufgehoben und in einem Einführungsgesetz zum Vollzug der eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung und weiterer Erlasse (EG USG) dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt werden, den Vollzug im Bereich Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutz zu regeln.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über das Einführungsgesetz zum Vollzug der eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung und weiterer Erlasse.

1. Ausgangslage

1.1 Bundesrecht

Für den Erlass der Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung ist aufgrund der Bundesverfassung in erster Linie der Bund zuständig, während der Vollzug zur Hauptsache den Kantonen obliegt.

Das Umweltschutzgesetz ist weitgehend ein Delegationsgesetz. Es regelt die meisten Bereiche nur in den Grundzügen und delegiert zahlreiche sowie umfangreiche Rechtsetzungskompetenzen an den Bundesrat. Mit dem revidierten eidgenössischen Chemikalienrecht, welches am 1. August 2005 in Kraft trat, wird zwar der Gesundheits- und Umweltschutz wie früher auf Gesetzesstufe in gesonderten Erlassen geregelt, hingegen wurde ein so genanntes „integrales“ Verordnungsrecht geschaffen. Dies bedeutet, dass die erforderlichen gesundheits- und umweltrelevanten Bestimmungen auf Stufe Verordnung zusammengefasst und nicht mehr wie früher in separaten Verordnungen geregelt werden. Auch bei der Strahlenschutzgesetzgebung handelt es sich um einen interdisziplinären Bereich, dessen Vollzug von mehreren Departementen wahrgenommen werden muss.

1.2 Kantonales Vollzugsrecht

Die Kantone sind für den Vollzug der Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält. Damit sind die Kantone verpflichtet, die erforderlichen organisatorischen, rechtlichen und personellen Massnahmen zu treffen, um das Gesetz zu vollziehen. Soweit der Kanton die Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzvorschriften des Bundes anwenden muss, sind kantonale Vollzugsvorschriften nötig. Diese erlässt nach Artikel 71 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986 (BGS 111.1) der Kantonsrat. Er kann diese Befugnis dem Regierungsrat übertragen. Da das Bundesrecht den Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutz umfassend und in weiten Bereichen abschliessend regelt, verbleibt den Kantonen kaum Raum für eigenständige materielle Vorschriften. Das kantonale Recht hat in erster Linie die Aufgabe, die notwendigen Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen zu treffen, um den Vollzug des Bundesrechts sicherzustellen.

Der Regierungsrat hat im Bereich Umweltschutz und Strahlenschutz Verordnungen erlassen. Der Erlass dieser Verordnungen erfolgte meistens unter der alten Kantonsverfassung. Die Kompetenzdelegationen in den Verordnungen wurden vom Kantonsrat genehmigt. Dies ist mit der heute geltenden Verfassung nicht mehr möglich. Der Vollzug der Chemikaliengesetzgebung, der Dünger-Verordnung und der Pflanzenschutzmittelverordnung hat der Regierungsrat gestützt auf § 159 Absatz 2 GWBA in der Chemikalienverordnung geregelt. Aus gesetzestechnischen Gründen muss der Vollzug der Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung in einem separaten Einführungsgesetz geregelt werden. Davon ausgenommen sind die öffentlichen und privaten Gewässer, die Böden, die belasteten Standorte und die Abfallwirtschaft, welche im GWBA geregelt sind.

Mit dem Einführungsgesetz zum Vollzug der eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung und weiterer Erlasse (EG USG) wird dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, für den Vollzug der nachfolgenden Erlasse Verordnungen zu erlassen, in denen er insbesondere die Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung, die Koordination mit den Gemeinden und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden regelt:

- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) vom 7. Oktober 1983 (SR 814.01),
- Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) vom 19. Oktober 1988 (SR 814.011),
- Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, StfV) vom 27. Februar 1991 (SR 814.012),
- Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) vom 15. Dezember 2006 (SR 814.017),
- Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) vom 12. November 1997 (SR 814.018),
- Luftreinhalte-Verordnung (LRV) vom 16. Dezember 1985 (SR 814.318.142.1),
- Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 (SR 814.41),
- Verordnung über den Schutz des Publikums von Veranstaltungen vor gesundheitsgefährdenden Schalleinwirkungen und Laserstrahlen (Schall- und Laserverordnung, SLV) vom 28. Februar 2007 (SR 814.49),
- Strahlenschutzgesetz (StSG) vom 22. März 1991 (SR 814.50),
- Strahlenschutzverordnung (StSV) vom 22. Juni 1994 (SR 814.501),
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) vom 23. Dezember 1999 (SR 814.710),
- Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (Chemikalien-Risiko-reduktions-Verordnung, ChemRRV) vom 18. Mai 2005 (SR 814.81),
- Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV) vom 10. September 2008 (SR 814.911),
- Verordnung über den Umgang mit Organismen in geschlossenen Systemen (Einschliessungsverordnung, ESV) vom 9. Mai 2012 (SR 814.912),
- Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz, ChemG) vom 15. Dezember 2000 (SR 813.1),
- Verordnung über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikalienverordnung, ChemV) vom 5. Juni 2015 (SR 813.11),

- Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittelverordnung, PSMV) vom 12. Mai 2010 (SR 916.161),
- Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngern (Dünger-Verordnung, DüV) vom 10. Januar 2001 (SR 916.171),
- Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung) vom 30. November 2012 (SR 641.711),
- Verordnung über Gefahrgutbeauftragte für die Beförderung gefährlicher Güter auf Strasse, Schiene und Gewässern (Gefahrgutbeauftragtenverordnung, GGBV) vom 15. Juni 2001 (SR 741.622).

2. Vernehmlassungsverfahren

In der Vorlage (Vernehmlassungsentwurf) „1. Änderung des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) und 2. Aufhebung der kantonsrätlichen Verordnung über den Abwasser- und Altlastenfonds“ wurde § 159 Absatz 2 GWBA mit dem Vollzug weiterer Gesetze ergänzt. Mit Beschluss Nr. 2016/1924 vom 7. November 2016 hat der Regierungsrat den Teilrevisionsentwurf zum Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA; BGS 712.15) in erster Lesung beraten und beschlossen. Gleichzeitig ist das Bau- und Justizdepartement beauftragt worden, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen, welches bis am 3. Februar 2017 dauerte. Das Ergebnis der Vernehmlassung ist im öffentlichen Regierungsratsbeschluss vom 25. April 2017 detailliert dargestellt. Zu § 159 Absatz 2 GWBA ging keine Vernehmlassung ein.

3. Auswirkungen

Mit dem Erlass des Einführungsgesetzes zum Vollzug der eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung und weiterer Erlasse (EG USG) werden Kanton und Gemeinden keine neuen Aufgaben zugewiesen. Die Vollzugsaufgaben sind durch die eidgenössische Umwelt-, Chemikalien- und Strahlenschutzgesetzgebung vorgegeben. Der Vollzug dieser Aufgaben ist somit unabhängig von der kantonalen Einführungsgesetzgebung mit einem personellen und finanziellen Aufwand verbunden, welcher bereits unter der geltenden Ordnung anfällt. Der personelle und finanzielle Aufwand verändert sich daher mit der Einführungsgesetzgebung nicht.

4. Rechtliches

Beschliesst der Kantonsrat das neue Einführungsgesetz mit weniger als 2/3 der anwesenden Mitglieder, unterliegt es dem obligatorischen Referendum, andernfalls dem fakultativen Referendum (Art. 35 Abs. 1 Bst. d und Art. 36 Abs. 1 Bst. b KV).

8

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Dr. Remo Ankli
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler KRB

Bau- und Justizdepartement (2)
Bau- und Justizdepartement (2) (ct/br)
Amt für Raumplanung
Amt für Verkehr und Tiefbau
Amt für Umwelt
Hochbauamt
Amt für Denkmalpflege und Archäologie
Finanzdepartement
Kantonale Finanzkontrolle
Volkswirtschaftsdepartement
Departement für Bildung und Kultur
Departement des Innern
Staatskanzlei Legistik und Justiz (FF)
Staatskanzlei (eng, rol, ett) (3)
Parlamentsdienste (2; BRE, GRE)
GS
BGS